



BürgerInnenbrief

29. Oktober 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Altonaer Manifest +++ »Kostensenkung« +++ Flüchtlingspolitik +++ HVV wieder teurer +++ Busbeschleunigung

Ohne die BürgerInnen? Geht gar nicht!



1. Beteiligungsforum am 9. Mai 2014 im Bürgerhaus Wilhelmsburg (M. Joho)

In den letzten Jahren ist der Ruf nach mehr und vor allem echter BürgerInnenbeteiligung sehr viel lauter geworden. Die Menschen geben sich längst nicht mehr zufrieden mit der rein **repräsentativen** Demokratie, die sich im Kern darin erschöpft, alle vier oder neuerdings nur noch fünf Jahre wählen zu gehen, das heißt »seine Stimme abzugeben«. Vielmehr geht es um die nachhaltige Stärkung von partizipativen und plebiszitären Elementen in der politischen Alltagsrealität, aber auch in Verordnungen, Gesetzen und sogar in der Verfassung. Bei der **plebiszitären** Ebene sind wir – wenn auch noch nicht

auf Bundesebene – in Hamburg und vielen Bundesländern ein ganzes Stück weitergekommen. Angeregt durch den Verein »Mehr Demokratie« gehen wir mittelfristig wohl auf einen neuen Volksentscheid zu, in dem es um mehr erheblich Rechte der Bezirke bzw. neu geschaffene kleinere, lokale Einheiten gehen soll. Auf die Hürden und Behinderungen beim jüngsten Bürgerentscheid im Bezirk Altona macht allerdings auch der Beitrag der Initiative Altonaer Manifest in diesem »BürgerInnenbrief« aufmerksam. Die größte Breite an Ideen, Forderungen und Konzepten gibt es aber auf der Ebene der

partizipativen Demokratie, also dabei, Menschen bei Fragen, Anliegen und Planungen mehr oder weniger umfassend zu beteiligen, sei es bei Straßenumgestaltungen, Bebauungsplänen oder vielleicht auch einmal einem so genannten Bürgerhaushalt, den es in Hamburg bzw. seinen Bezirken allerdings erst noch durchzusetzen gilt.

Am Sonntag, den 26. Oktober, hat ein sicher exemplarisches Beteiligungsprojekt buchstäblich seine Tore geöffnet: die PlanBude in St. Pauli. Hier wird erstmals ein von den örtlichen Initiativen geforderter und aus bezirklichen Mitteln finanzierter Planungsprozess betrieben, bei dem es um weit mehr geht als nur um Informationsvermittlung und BürgerInnenbeteiligung auf unterem Niveau. »St. Pauli selber machen«, lautet das Motto, das vor einigen Monaten aus einer mit 400 Menschen gut besuchten Stadtteilversammlung hervorging. Und so ist die PlanBude angetreten, »Ideen, Ansichten und Wünsche« zu sammeln, die in den Neubau der ESSO-Häuser eingehen sollen. Also kein Abfragen in irgendwelchen Beteiligungsgremien, welche Farbe der Außenstrich eines neuen Gebäudes haben soll, sondern eine Entwicklung von unten her, mit den Menschen vor Ort, deren eigene Kreativität und Wünsche die Ausgangsimpulse setzen. Soweit die Idee und vielleicht auch die Theorie. Es wird sich zeigen, inwieweit die Ergebnisse dieses Verfahrens dann auch vom Bezirk Hamburg-Mitte und der Bayrischen Hausbau Berücksichtigung finden oder gar eins zu eins realisiert werden. Mehr dazu gibt es unter www.planbude.de.

Gleichzeitig geht es weiterhin um das nunmehr seit zwei Jahren anhaltende Ringen um den Erhalt, die Verstetigung und Ausweitung der Hamburger Quartiers- und Stadtteilbeiräte. Der fatalen Logik des Senats folgend, werden solche Beiräte nur in Gebieten eingesetzt, in die städtische Fördermittel aus dem RISE-Topf einfließen – RISE steht für das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung, das laut neuem Etatentwurf des Senats auch noch um einige Mio. Euro gekürzt werden soll. Endet diese Förderung, streicht die Stadt den teilweise über viele Jahre engagierten Beteiligungsgremien auch das Geld für ihre Arbeit. Mit dieser Logik will das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte brechen, von hier geht vielmehr die Forderung aus, bestehende Stadtteilgremien unabhängig von RISE zu fördern und überall dort neue finanziell zu unterstützen, wo dies von den Menschen vor Ort gewünscht wird. Die Linksfraktion hat den nebenstehenden Antrag für die nächste Doppelsitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 5./6. November eingebracht, auf der es um die finanzielle und institutionelle Absicherung der Stadtteilbeiräte gehen soll.

»Mitreden – Entscheiden – Selbermachen« ist seit einem halben Jahr die Parole einiger Initiativen und Vereine, die das Thema BürgerInnenbeteiligung auf gesamtstädtischer Ebene behandeln wollen. Im Mai 2014 fand bereits ein erstes »Beteiligungsforum« statt, für den 14. November ist ein zweites in Vorbereitung. Sein Titel: »Stadt(teil)demokratie ohne uns? Geht gar nicht! Wie weiter mit Bürgerbeteiligung und Partizipation in Hamburg«. Auf der Veranstaltung soll dieses Mal vor allem in Arbeitsgruppen diskutiert werden, es geht um einen intensiven Erfahrungsaustausch und die Formulierung

Antrag

der Abgeordneten Heike Sudmann, Tim Golke, Kersten Artus, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte absichern und verstetigen!

Die teilweise auf Jahrzehnte des Engagements zurückblickenden circa 50 Quartiers- und Stadtteilbeiräte erfreuen sich in der Freien und Hansestadt Hamburg einer allgemeinen Anerkennung. Weit mehr als 1.000 Menschen kommen hier regelmäßig zusammen, um über die Belange ihres Viertels zu beraten, Vorschläge und Forderungen zu formulieren und Aktivitäten zu entwickeln – eine unerlässliche Quelle ehrenamtlicher, auf die kommunale Umgebung bezogener BürgerInnenbeteiligung.

Die Krux besteht darin, dass die Beiratsgremien bisher als temporäres Mitwirkungsorgan der BürgerInnen betrachtet und behandelt werden, das heißt, dass sie nach Auslaufen eines bestimmten Förderprogramms – gegenwärtig des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) – und im Anschluss an eine sogenannte Nachsorgephase keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten.

Auch der erstmals im Doppelhaushalt 2013/2014 aufgelegte »Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit« (pro Jahr mit 1,5 Millionen Euro ausgestattet) hat die Situation nicht grundlegend verändert, da aus diesem sehr niedrig angesetzten Fonds auf Antrag und auch nur für ein Jahr alle möglichen Aktivitäten auf Bezirksebene beziehungsweise in den Vierteln bezuschusst werden können. Von einer dauerhaften, finanziellen Absicherung der Beiräte sind wir nach wie vor weit entfernt.

Dies gilt auch für die grundsätzliche Anerkennung der Beiräte als Strukturelement der Metropolendemanokratie, obwohl durch aktive Quartiers- und Stadtteilgremien doch eine der wenigen Möglichkeiten des kontinuierlichen Austausches zwischen der ansässigen Bevölkerung, dem Gewerbe und den Einrichtungen eines bestimmten Sozialraumes einerseits und der Politik und Verwaltung andererseits besteht.

Sowohl die dauerhafte finanzielle Absicherung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte jenseits der RISE-Systematik und der befristeten Quartiersfonds-Zuschüsse wie auch die Anerkennung der Beiratsgremien als wichtiges Element der Metropolendemanokratie sind zentrale Eckpunkte zur Stärkung von Partizipation und BürgerInnenbeteiligung vor Ort und damit in der Stadt Hamburg.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. im neuen Doppelhaushalt 2015/2016 einen eigenen, vom »Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung« und vom »Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit« unabhängigen Etatposten »Förderung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte« zu schaffen;
2. diesen neuen Etatposten »Förderung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte« im Doppelhaushalt 2015/2016 zunächst mit jährlich 1 Million Euro auszustatten;
3. zu prüfen, in welcher Form und an welchen Stellen im Hamburgischen Bezirksverwaltungsgesetz die Quartiers- und Stadtteilbeiräte berücksichtigt werden können und darüber der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2014 Bericht zu erstatten.

Bürgerschafts-Drucksache 20/13234 vom 2.10.2014

von Partizipationsforderungen, auch im Hinblick auf die im Februar anstehenden Bürgerschaftswahlen. Auch wir unterstützen dieses 2. Beteiligungsforum und rufen auf zur Beteiligung. Mehr dazu ist dem auf der folgenden Seite abgedruckten aktualisierten Aufruf und auch der Website www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com zu entnehmen.



Podiumsdiskussion am 9. 5.2014 (M. Joho)

JETZT ANMELDEN:



2. BETEILIGUNGSFORUM

am Freitag, den 14.11.2014, 15.00 bis 19.00 Uhr

in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Fakultät
Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit, Alexanderstr. 1,
Hamburg St. Georg

Stadt(teil)demokratie ohne uns? Geht gar nicht!

Wie weiter mit Bürgerbeteiligung und Partizipation in Hamburg?

Beim ersten Beteiligungsforum am 9. Mai 2014 in Wilhelmsburg haben die 150 Anwesenden im Plenum diskutiert, um überhaupt erst einmal eine Bestandsaufnahme in verschiedenen Bereichen (Volks-/Bürgerentscheide, Stadtteilbeiräte, Selbstermächtigung usw.) vorzunehmen. Beim zweiten Beteiligungsforum am 14. November 2014 in St. Georg soll es mehr um Vernetzung und Zusammenwirken und um gemeinsame Vorstellungen einer nachhaltigen Verstärkung von Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation gehen. **Wir wollen uns mehr Zeit nehmen für den Erfahrungsaustausch und die Debatte wichtiger Fragen in Kleingruppen. Und so sieht unser vorläufiger Ablaufplan aus:**

- ▶ **15.00 Uhr – 15.30 Uhr:** Begrüßung; Einstiegsvortrag zu Formen und Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung in Hamburg von Prof. Dr. Simon Güntner (Department Soziale Arbeit)
- ▶ **15.30 Uhr – 17.30 Uhr:** Kurz eingeleitete und moderierte Kleingruppen, im Moment zu folgenden Fragestellungen, mal mehr struktureller, mal mehr inhaltlicher Art. Es kommen nur diejenigen Gruppen zustande, für die es auch genügend Anmeldungen gibt:
 - ❶ Brauchen wir eine Verstärkung der Rechte auf *Bezirksebene*?
 - ❷ Sollen *Stadtteilbeiräte* zu einer neuen Säule der Metropolendemokratie werden?
 - ❸ Wie sehen Erfahrungen und Konsequenzen aus *Selbstermächtigungsprozessen* vor allem in St. Pauli aus?
 - ❹ Was für eine *andere Kultur* brauchen wir, damit Wünsche und Bedarfe von Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt Berücksichtigung finden?
 - ❺ Wie können *Kinder und Jugendliche* stärker BestimmerInnen in ihrer Umgebung werden?
 - ❻ *Was brauchen wir* für mehr Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation der Menschen vor Ort?
 - ❼ Welche Chancen und Grenzen bietet das *Community Organizing*?
 - ❽ *Wohnungsbau* fordern und zugleich die zunehmende Verdichtung der Stadt verhindern, wie geht das zusammen?
 - ❾ Wie wehren wir uns gegen überbordende *Großevents* in Hamburg?
 - ❿ Wie kriegen wir mehr als nur einen Fuß in die Planung von *Verkehrsprojekten*?
 - ⓫ Welche Möglichkeiten haben wir, mit Hand anzulegen bei der *Energiewende* und gegen den drohenden Klimawandel?
- ▶ **17.30 Uhr – 18.00 Uhr:** Kleine Pause
- ▶ **18.00 Uhr – 19.00 Uhr:** Zusammenfassung der Kleingruppenergebnisse; ggfs. Beratung einer gemeinsamen Erklärung; Vorschläge für das weitere Vorgehen

Wir bitten jetzt, spätestens bis zum 3. November, um Anmeldung zu diesem 2. Beteiligungsforum und um Benennung der favorisierten Kleingruppenthemem. Gerne kann der Aufruf auch weiterverbreitet werden.

Anmeldungen an: beteiligungsforum@gmx.de

Infos unter: www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com

Kontakt über: Rolf Peters / Tel 040.38 77 81 / Mobil 0151.50 75 79 19

Natürlich sind auch wieder Infostände und Transparente der Initiativen erwünscht. Bitte vorher absprechen. Für das Bestreiten der Tagungskosten bitten wir um eine Spende von 5,- Euro. Einen kleinen Snack versuchen wir zu organisieren.

Herzliche Grüße aus der Vorbereitungsgruppe (Stand: 10.10.2014)

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. + Mehr Demokratie e.V. + Nordnetz + Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. + HAW-Department Soziale Arbeit
Weitere MitaufruferInnen sind herzlich willkommen!

www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com

»Bürgerwillen verbindlich machen!«

Von der Initiative Altonaer Manifest



Demo der Initiative »Altonaer Manifest« (Foto: Johannes Köhl)

Auch wenn der Bürgerentscheid am vergangenen Wochenende bereits entschieden wurde, nehmen wir hier einen eigenen für den »BürgerInnenbrief« verfassten Beitrag auf, der beispielhaft veranschaulicht, wie es mit der BürgerInnenbeteiligung in Hamburg konkret ausschaut und mit welchen Tricks versucht wird, demokratische Abstimmungen zu unterlaufen.

Eine kurze Zusatzanmerkung: Die in einer noch in der Vorbereitungsphase befindliche Volksinitiative des Vereins Mehr Demokratie e.V. angeregte Abschaffung oder doch weitestgehende Einschränkung der Einheitsgemeinde wird in den nächsten Monaten sicherlich noch intensiv erörtert. Auch in der Partei DIE LINKE wird der Weg zur Stärkung der Bezirke noch gründlich diskutiert.

Wer einmal erfahren möchte, zu welcher zügiger und hoch kreativer Leistung unsere sonst so steinerweichend träge Bezirksverwaltung in der Lage ist, der sollte einmal ein Bürgerbegehren bzw. einen Bürgerentscheid anstrengen.

Vorweg: Die bis heute übliche Evokationspraxis des Senats gegenüber unliebsamen bezirklichen Beschlüssen widerspricht dem Gedanken der Demokratie. Daher startete ein Bündnis aus zunächst acht Altonaer Initiativen Mitte November 2013 das Bürgerbegehren »Bürgerwillen verbindlich machen!« – mit dem Ziel, den Bezirken ein Selbstverwaltungsrecht für ihre eigenen bezirklichen Belange zu erstreiten. So würden auch Bürgerentscheide eine Verbindlichkeit bekommen, da sie Bezirksversammlungsbeschlüssen gleichgestellt sind.

Sechs Monate sammelten wir Unterschriften, erklärten verdutzt dreinblickenden StadtbewohnerInnen das Konstrukt der »Einheitsgemeinde« (das ist die in der Hamburgischen Verfassung verankerte Grundlage für das Evokationsrecht des Se-

nats) und dass die von ihnen gewählte Bezirksversammlung nur ein Verwaltungsausschuss sei, dessen Beschlüsse lediglich Empfehlungen gleichkämen. Wir hatten – trotz der schwer erklärbaren Materie – Erfolg.

Erfolg mit stotterndem Motor, denn das Bürgerbegehren wurde am 19. Juni 2014 um 12:31 Uhr zunächst für zustande gekommen erklärt, um diese Aussage zwei Stunden später wieder zu dementieren. Sieben weitere Tage gingen ins Land, bevor unserem Bürgerbegehren dann doch der Segen des Bezirksabstimmungsleiters zuteil wurde.

Es ist der deutschen Sprache eigen – vor allem der Sprache unserer so genannten VolksvertreterInnen – Unaussprechliches wie »Bezirksabstimmungsdurchführungsgesetz« zu konstruieren. In diesem Gesetz steht aber zumindest geschrieben, wie nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren das weitere Verfahren zu handhaben sei. So gibt es zum Beispiel Fristen. Eine davon ist die, bis wann ein Gespräch zwischen Vertrauensleuten eines Bürgerbegehrens und VertreterInnen der Fraktionen der betreffenden Bezirksversammlung stattzufinden habe.

Wir warteten auf eine entsprechende Einladung und warteten und warteten, wir wähten uns schon in Vergessenheit. Erst in letzter Minute fand sich noch ein Termin. Am 12. August traf man sich zum vorgeschriebenen Abstimmungsgespräch, lediglich die CDU und die AfD glaubten, uns mit Abwesenheit strafen zu müssen. Zur Durchführung eines folgenden Bürgerentscheids wurde uns ein Aufschub um einen Monat vorgeschlagen, indem die Fraktionen gemeinsam mit uns einen Kompromiss ausarbeiten könnten. Den Bezirk stärken, ja, das konnten sich SPD und Grüne vorstellen – in der Form, dass den Abgeordneten mehr Rechte eingeräumt würden – aber niemals die Aufhebung der Einheitsgemeinde. Das sei mit ihnen nicht zu machen.

So lange jedoch im Artikel 4 Absatz 1 der Landesverfassung geschrieben steht: »In der Freien und Hansestadt Hamburg werden staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt«, kann der Senat weiterhin alle Beschlüsse der Bezirksversammlung an sich ziehen (evozieren), ändern oder gar aufheben. So auch weiterhin alle gewonnenen Bürgerbegehren und -entscheide. Unser klares Ziel ist es, das Wort »nicht« in dem Artikel zu streichen – alles andere wäre nur Augenwischerei. Die Standpunkte auf beiden Seiten erwiesen sich als unversöhnlich. Daher erschien es uns wenig sinnvoll, einen weiteren Monat über eine doch ganz einfach zu verstehende Forderung zu verhandeln. Ein Bürgerentscheid war die unausweichliche Folge.

Im Juni und Juli hatte es die Verwaltung ja nicht so eilig, nun wurde es umso brenzlicher. Es war Sommerpause, die vorgeschriebene öffentliche Befassung über die Positionen der Initiative und der Fraktionen während einer Bezirksversammlung stand noch aus. Die letztmögliche Bezirksversammlung war längst verstrichen und beim Hauptausschuss am 9. Juli wurde der Tagesordnungspunkt »12.3 Bürgerwillen verbindlich machen!« kurzfristig nach Punkt »18.1 Mitteilungsdrucksachen« verschoben. Also musste nun eine außerordentliche Bezirksversammlung bis spätestens 26. August einberufen werden.

Flugs zauberte die Bezirksabstimmungsleitung einen Zeitplan hervor: Außerordentliche Bezirksversammlung am 26. August um 18 Uhr – Abgabe des vollständigen Informationstextes für die Abstimmungsbroschüre am gleichen Tag um 19 Uhr. Wieder ungläubiges Staunen bei uns. Welch rasante Diskussionskultur! Argumente austauschen und gleichzeitig auswerten, niederschreiben und layouten. Auch mehrmaliges Nachfragen änderte nichts, wie die Bezirksabstimmungsleitung in einem Schreiben vom 15. August unterstrich: »Die Textbeiträge der Vertrauenspersonen und der Bezirksversammlung bzw. der Fraktionen und Gruppen in der Bezirksversammlung müssen bis spätestens zum 26. August 2014, 19 Uhr (eingehend bei dem Bezirksamt) vorliegen. Textbeiträge, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden!«

Also haben wir unser Anliegen am 26. August um 18 Uhr der Öffentlichkeit erklärt, die Stellungnahmen der Fraktionen angehört, und um 18.45 schnell unseren Text samt Layout zusammengehauen, um das ganze um 19 Uhr ... Quatsch.

Wir haben natürlich Tage vorher ordentlich geackert, um unserer Anliegen verständlich und in ansprechender Form pünktlich um 18.55 Uhr vorzulegen. Auf die Beiträge der Fraktionen konnten wir so leider nicht mehr eingehen.

Die Bezirksversammlung hatte am 26. August 2014 im Übrigen auch beschlossen, noch eine andere – quasi alternative – Vorlage zum Gegenstand des Bürgerentscheids zu machen (Motto und Titel: »Bürgerwillen durchsetzen – durch starke Bezirke!«).

Hinter den Kulissen hatten die Fraktionen dann allerdings noch eine Woche mehr Zeit, um ihre Texte vorzulegen, genau bis zum 3. September um 12 Uhr. Der Hinweis: »Textbeiträge, die nach diesem Zeitpunkt [26. August] eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden!« galt offensichtlich nur für Normalsterbliche – es gibt wohl sonne und solche Termine!



Infostand (Foto: Johannes Kohl)

Genützt hat es den Textinhalten von SPD, CDU, Grüne und FDP dann aber auch nichts. Da wird uns »die Forderung nach abschließend verbindlichen Bürgerentscheiden auch in Fällen von bezirksübergreifenden Themen« unterstellt. Es wird gedroht, »Altona (könne dann) über Wohl und Wehe der ganzen Stadt abstimmen«. Und die AfD spricht gar von der »Zerschlagung Hamburgs« (alle Zitate aus Informationen der Bezirksversammlung Altona zum Bürgerentscheid »Bürgerwillen verbindlich machen!«). Sie haben uns wohl weder zugehört noch sich mit dem Bürgerentscheid auseinandergesetzt.

»Das Informationsheft soll zu einer Versachlichung der Diskussion vor einem Bürgerentscheid beitragen und den Kenntnisstand über den zu entscheidenden Gegenstand erhöhen. Unzulässig sind bewusst falsche bzw. irreführende Sachverhaltsdarstellungen« (Gestaltung des Informationsheftes gemäß § 32 Absatz 8 BezVG i.V.m. § 8 Absatz 4 BezAbstDurchfG, Schreiben der Bezirksabstimmungsleitung vom 15.8.14). So etwas hätten wir uns gewünscht!

Apropos Termine: Zum oben beschriebenen Abstimmungsgespräch am 12. August bekamen wir vom Bezirksabstimmungsleiter auch gleich einen Zettel mit »Terminleisten«. Sollten wir der Verschiebung um einen Monat nicht zustimmen, würde am 10. Oktober die Zustellung der Benachrichtigungen abgeschlossen sein, damit ab 10. Oktober die Briefabstimmung beginnen kann. Für den Bürgerentscheid selbst stand dort der 24. Oktober 2014 – alle Termine ohne Angabe der Wochentage. Uns fiel leider erst Tage später auf, dass diese Zeitspanne genau in die Herbstferien fiel. Auch hatten wir angenommen, dass der 24. Oktober ein Sonntag sei – sonst hätte dort doch der letzte Tag der gesetzlichen Frist, der 26. Oktober gestanden, oder? Schließlich wurde bisher jede Frist bis ins Letzte ausgereizt. Eine Wahl an einem Freitag, dazu dem letzten Ferientag? Zustellungsunterlagen, die bei vielen erst nach Ferienbeginn, nach dem 10. Oktober, eingehen?

Laut Broschüre konnte ab dem 1. Oktober im Altonaer Rathaus gewählt werden, die Wahlunterlagen – die noch gar nicht bei den Abstimmungsberechtigten angekommen waren – seien zwingend mitzubringen... Wer in die Ferien fährt und nicht das Glück hatte, die Unterlagen vor dem 11. Oktober erhalten zu haben, hatte keine Möglichkeit, an diesem Bürgerentscheid teilzunehmen.

Ein Schelm, wer dabei Arges denkt?



Foto: Johannes Kohl

Quasi nach Redaktionsschluss ist die nachfolgende Pressemitteilung des Bezirksamtes Altona am 27. Oktober, um 11.58

Uhr, eingegangen. Wir sagen der Initiative »Bürgerwille verbindlich machen« herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg!

Bürgerentscheid «Bürgerwille verbindlich machen» ausgezählt

Zur Abstimmung standen den wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern des Bezirksamtes Altona zwei Vorlagen mit folgenden Fragestellungen:

Bürgerbegehren – »Bürgerwille verbindlich machen«

»Sind Sie für verbindliche Bürgerentscheide in den Bezirken und unterstützen Sie die Forderung, dass der Bezirk dem Senat und der Bürgerschaft empfiehlt, die dazu notwendigen Gesetze zu beschließen?«

und

Bezirksversammlung Altona – »Bürgerwillen durchsetzen – durch starke Bezirke!«

»Sind Sie dafür, dass Senat und Bürgerschaft aufgefordert werden, in der nächsten Wahlperiode die Rechte der Bezirke und damit die Durchsetzung des Bürgerwillens zu stärken, indem die Bezirke

- Erweiterte Haushaltsrechte erhalten,
- In sachgerechter Weise mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden,
- Stärkere städtebauliche Planungshoheit bekommen,
- Die Aufgaben der unteren Straßenverkehrsbehörde übernehmen?

Dabei soll die verfassungsgemäße Struktur Hamburgs als Einheitsgemeinde gewahrt bleiben.«

Nach der Auszählung ergibt sich folgendes Ergebnis:

Abstimmungsberechtigte insgesamt: 197.971 | Abstimmende insgesamt: 35.914 (18,14%)

Per Brief Abstimmende: 35.579 (17,97%)

Vorlage des Bürgerbegehrens:

Gültige Stimmen 35.404 | Ungültige Stimmen 510

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

JA 23.249 (65,67%) | NEIN 12.155 (34,33%)

Vorlage der Bezirksversammlung Altona:

Gültige Stimmen 35.051 | Ungültige Stimmen 863

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

JA 24.979 (71,26%) | NEIN 10.072 (28,74%)

Damit ist im Gesamtergebnis die Vorlage des Bürgerbegehrens »Bürgerwille verbindlich machen« angenommen.

Eine Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen hat gleichermaßen die Vorlage der Bezirksversammlung Altona angenommen. Damit wurde die Auszählung der Stichfrage erforderlich.

Auszählung der Stichfrage:

Gültige Stimmen 34.968 | Ungültige Stimmen 946

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Vorlage der Bürgerinitiative 19.464 (55,66%) | Vorlage der Bezirksversammlung 15.504 (44,34%)

Ergebnis

Damit ist die Vorlage des Bürgerentscheides angenommen

Das Bezirksamt Altona wird dementsprechend gemäß § 27 BezVwG dem Senat empfehlen, die dazu notwendigen Gesetze zu beschließen.

»Kostensenkungsaufforderungen« und Realität

Von Meinulf Krön



Genug billige Wohnungen? Mümmelmannsberg (wikipedia)

Eine Kostensenkungsaufforderung ist eine Information des Grundsicherungsträgers, meist also des Jobcenters, an den Leistungsberechtigte/n über die Unangemessenheit seiner Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Übersteigen diese Aufwendungen den »angemessenen« Umfang, sind sie als Bedarf so lange anzuerkennen, wie es dem alleinstehenden Leistungsberechtigten oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Untervermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. In der Regel, so das Gesetz, erfolgt die Anerkennung der nicht angemessenen Aufwendungen für längstens sechs Monate. Ist eine Absenkung der unangemessenen Aufwendungen auf einen angemessenen Betrag zumutbar und möglich, trifft den Leistungsberechtigten die Obliegenheit hierzu. Kommt er dieser nicht nach, so berücksichtigt der Grundsicherungsträger nach Ablauf der zu einer möglichen Absenkung notwendigen Zeit die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nur noch in besagter angemessener Höhe.

In der Praxis übermittelt der Grundsicherungsträger dem Leistungsberechtigten nach der Feststellung der – angeblich – unangemessenen Unterkunfts- und Heizungsaufwendungen eine Kostensenkungsaufforderung. Ein Absenken der Aufwendungen nach Ablauf der gesetzlichen Regelfrist von sechs Monaten auf ein angemessenes Niveau setzt also voraus, dass eine Kostensenkungsaufforderung des Grundsicherungsträgers erfolgt ist oder der Leistungsberechtigte auf andere Weise Kenntnis von der Unangemessenheit der Aufwendungen hat und ihm eine Kostensenkung möglich und zumutbar ist.

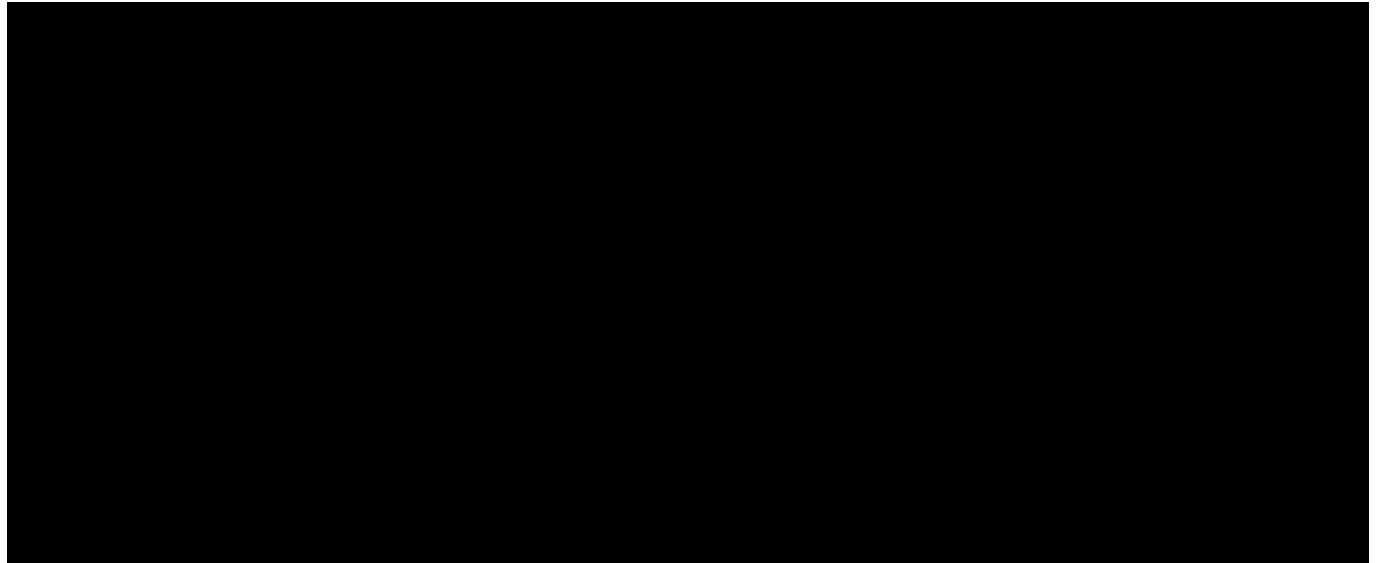
Die Stadt Hamburg als kommunaler Träger übernimmt die tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung, soweit sie angemessen sind. Damit die Verwaltung die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilen kann, werden Verwaltungsvorschriften erlassen. Seit dem 1. März 2014 gibt es

neue Mietobergrenzen für Leistungsberechtigte nach den Sozialgesetzbüchern II und XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die von der BASFI als der zuständigen Fachbehörde so genannten »Höchstwerte« (die eigentlich rechtlich korrekt als »Richtwerte« zu verstehen sind) zu den Kosten der Unterkunft wurden an den Mietenspiegel 2013 angepasst. Zeitgleich zur Erhöhung der Miethöchstwerte trat die grundlegende Überarbeitung der Fachanweisung zu den Kosten der Unterkunft und Heizung in Kraft. Die Mietrichtwerte sind allerdings erneut zu niedrig angesetzt worden, sodass wohnungssuchende LeistungsempfängerInnen kaum eine Chance haben, Wohnungen zu bekommen, die den Richtwerten entsprechen.

Es werden nach wie vor Aufforderungen ausgesprochen, die Mietkosten zu senken und eine günstigere Wohnung zu finden. Dabei ist es fast aussichtslos, solche Wohnungen in Hamburg auf dem nach wie vor dauerhaft angespannten Wohnungsmarkt auch zu erhalten. Es ist daher eine erhebliche Erhöhung der Mietrichtwerte erforderlich. Die Preise der tatsächlich auf den Wohnungsmarkt kommenden freien Mietwohnungen sollten umgehend zur Grundlage der Mietrichtwerte werden. Um hier einen erneuten Anlauf zu einer realitätsgerechten Lösung zu starten und die faktische Vertreibung vieler betroffener Menschen aus ihren Wohnungen und angestammten Quartieren in neue soziale Brennpunkte zu verhindern, stellt DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zur Zeit eine entsprechende parlamentarische Anfrage, um den aktuellen Umfang der Kostensenkungspraxis in Hamburg aufzuklären. Ziel ist es, ein breites auch außerparlamentarisches Bündnis gegen die andauernde Vertreibungspolitik durch unangemessene Kostensenkungsaufforderungen zu unterstützen. Der Senat und die ihn tragende Regierungsfraktion der SPD muss einmal mehr dazu gedrängt werden, eine zutiefst unsoziale Verwaltungspraxis endlich zu stoppen.

Flüchtlingspolitik in Hamburg

Von Joachim Bischoff



Krieg, Vertreibung, Terror: Immer mehr Menschen flüchten aus den Krisengebieten der Welt. 500 von ihnen kommen monatlich in Hamburg an. Bis Ende des Jahres benötigt die Stadt 14.000 Unterbringungsplätze, 4.000 fehlen noch. Insgesamt werden Ende 2014 etwa 26.000 Flüchtlinge (ohne die sans papiers) in Hamburg leben. Zur Unterbringung ergreift die Sozialbehörde Sofortmaßnahmen und appelliert an die Solidarität der HamburgerInnen. Flüchtlingsunterkünfte soll es bald über die gesamte Stadt verteilt geben. Wenn Flüchtlinge im Winter nicht in Zelten übernachten sollen, müssen Unterkünfte gefunden werden.

Doch dazu ist man auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Und darauf, dass sie sich auch neben ihrer Haustür nicht gegen Flüchtlingsunterkünfte stellt. »Die Welt ist aus den Fugen geraten«, sagte Sozialsenator Detlef Scheele (SPD). Mangels öffentlicher Unterbringung ist man jetzt auch auf der Suche nach Notlösungen und Sofortmaßnahmen. Beim Flüchtlingsgipfel im Rathaus am 17.9. informierte der Senator die Fraktionschefs aus den Bezirken. Auch sie müssen überzeugt werden – denn mehrere Standorte für die Flüchtlingsunterbringung sind umstritten. So wie der im Harburger Binnenhafen, wo ein Wohnschiff mit rund 400 Plätzen anlegen soll. SPD und CDU im Bezirk Harburg kritisieren, dass Flüchtlingsschiffe die positive Entwicklung des Binnenhafens beeinträchtigen würden. Widerstände aus den Bezirken sind zwar nicht der Normalfall, aber Begeisterung für die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften sieht anders aus. Auch AnwohnerInnenproteste sind verschiedentlich bei der Standortsuche aufgetreten.

Unterschiedlichste Kulturen treffen in einer Flüchtlingsunterkunft aufeinander. Die Betreuung ist in der Regel unzureichend. Die Politik steht somit auch beim Betrieb der Unterkünfte vor einer großen Herausforderung. So leben allein in der Containerwohnanlage an der Schnackenburgal-

lee in Bahrenfeld 1.100 Menschen aus aller Welt. Polizeieinsätze belegen, dass das Zusammenleben nicht unkompliziert ist. Und während auf der einen Seite die Unterstützung für die Flüchtlinge groß ist, gibt es auf der anderen Seite Angst vor politischen Scharfmachern. Die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) hat Flüchtlinge bereits für sich als Wahlkampfthema entdeckt. Sie warnt vor einer »Überbeanspruchung des Sozialraums«. Ihre These: Eine Ballung von Flüchtlingen wie in Harburg berge die große Gefahr von Spannungen und Konflikten. In diesem Sinn agiert auch Dirk Nockemann, der Ronald Schills Nachfolger als Hamburger Innensenator war. Heute macht er Wahlkampf für die AfD und will im Februar 2015 für die RechtspopulistInnen in die Hamburgische Bürgerschaft einziehen. Bei den Bezirkswahlen im Mai hat er es bereits in die Bezirksversammlung Bergedorf geschafft.

Senator Scheele unterstreicht: Der SPD-Senat steht mit dem Rücken zur Wand. »Wir gehen von den Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus, die für dieses Jahr eine Steigerung der Flüchtlingszahlen um etwa 30% melden. Aber Innenminister de Maizière nannte kürzlich in einem Interview schon wieder deutlich höhere Zahlen. Da würden wir finanziell und räumlich vor unglaublichen Problemen stehen.«

Auf Einladung der Sozialbehörde traf sich Mitte Oktober der Sozialausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindetages in Hamburg. Er forderte mehr Geld und weniger bürokratische Hemmnisse. Die Unterbringung der wachsenden Zahl von Flüchtlingen ist das derzeit wichtigste Thema für die deutschen Kommunen. Die kommunalen SozialdezernentInnen appellierten vor allem an Bund und Länder, die Unterbringung der Flüchtlinge als Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen. Die Kommunen dürften dabei nicht allein gelassen werden, der Bund stehe in der Pflicht, finanzielle Mittel für Investitionen in die Schaffung zusätzlicher Unterkünfte be-

reitzustellen. Die BeamtInnen waren sich zudem einig darin, dass der Bund den Zugang zur Nutzung leer stehender Immobilien wie etwa Kasernen erleichtern müsse. Die Verhandlungen mit den jeweils zuständigen Ministerien und der Immobiliengesellschaft des Bundes gestalten sich jedoch häufig schwierig und ziehen sich daher in die Länge.

Aus Sicht der VerwaltungspraktikerInnen müssen auch die baurechtlichen Vorschriften zur Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften vereinfacht werden. Ausdrücklich begrüßt wurde die Hamburger Bundesratsinitiative, die in diese Richtung zielt. Hamburg wendet derzeit das Polizeirecht an, um zügig Wohnraum für Menschen bereitzustellen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger nach Deutschland fliehen. Das Polizeirecht ermöglicht es nach dem Grundsatz »Gefahr im Verzuge«, Gebäude für Flüchtlinge kurzfristig bereitzustellen, ohne sämtliche Auflagen des Baurechts und des Brandschutzes erfüllen zu müssen. Auch bei einem weiteren heiklen Punkt war sich der Sozialausschuss des Städte- und Gemeindetages einig: In hoch verdichteten Ballungsgebieten werde es immer schwieriger, noch Platz für die Unterbringung von Flüchtlingen zu finden, während an anderen Orten der Republik leer stehender Wohnraum abgerissen werde.

Hamburg als Stadtstaat werde als Bindeglied zwischen Ländern und Kommunen wahrgenommen. »Wir kennen einerseits die Herausforderungen als Kommune, können andererseits als Bundesland auch direkt Einfluss auf Gesetzesänderungen nehmen.« Schöne Worte, denn der Aspekt des hiesigen Versagens ist nicht zu übersehen. Bereits Mitte 2013 räumte der Senat ein, dass die Angebote zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Wohnungslosen nicht ausreichen: »Auf Grund der aktuellen Entwicklungen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2013/2014 in diesem Umfang nicht absehbar waren, sind zusätzliche Mittel für die Jahre 2013 und 2014 über die in den oben genannten Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel hinaus erforderlich.« Die Konsequenz: »Im Haushaltsjahr 2013 entstehen der Freien und Hansestadt Hamburg für die Anpassung der Unterbringungskapazitäten und der finanziellen und personellen Ressourcen an die gestiegenen Zahlen von Zuwanderern und Wohnungslosen Mehrkosten in Höhe von 25.486 Tsd. Euro. Im Haushaltsjahr 2014 entstehen Mehrkosten von 45.664 Tsd. Euro.« (Bürgerschafts-Drucksache 20/8495 vom 25.6.2013, S. 25)

Selbst die Erhöhung der Mittel für die Flüchtlingsbetreuung und Unterbringung von Wohnungslosen reicht für das laufende Jahr 2014 nicht aus. Scheeles Schlussfolgerung: »Insgesamt werden wir dieses Jahr über 250 Mio. Euro für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausgeben. Bislang konnten wir Kürzungen in anderen Bereichen vermeiden. Aber wenn das in den nächsten Jahren so weitergeht, wird es sehr schwierig.« Die Nachforderung für 2014 beläuft sich auf insgesamt 148 Mio. Euro.

Angesichts der Dynamik bei EU-interner Zuwanderung und Flüchtlingsbewegung gehört wenig Phantasie dazu, von einer massiven Unterversorgung in Hamburg zu sprechen. Die Gesamtausgaben für Wohnungslose und registrierte



Demo für (Lampedusa-) Flüchtlinge, 18.1.2014 (M. Joho)

Flüchtlinge werden sich deshalb noch auf deutlich mehr als die von Scheele veranschlagten 300 Mio. Euro für 2014 belaufen. Der Senator weiß: Bei deutlich höheren Etatansätzen für den kommenden Doppelhaushalt 2015/16 kann bei wahrscheinlich weiter anwachsenden Unterbringungs- und Betreuungskosten nicht mehr auf die »Zaubertitel« Mehrbedarfe für Haushaltsrisiken oder zu hoch veranschlagte Zinskosten zurückgegriffen werden. »Wir müssen eine Kostenbeteiligung des Bundes diskutieren. Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind extrem geworden.«

Und es ist nicht so, dass in Hamburg Know-how oder Erfahrungen im Umgang mit den Flüchtlingen fehlen würden. Anfang der 1990er Jahre kamen innerhalb von zwölf Monaten 11.000 Flüchtlinge und Asylsuchende in die Stadt. Allein im Stadtteil St. Georg lebten rund 5.000 Zugewanderte in Ermangelung öffentlicher Unterkünfte in Hotels. Damals haben sich, neben der Stadt, auch viele freie Träger engagiert. Viele Projekte sind mit dem Abebben der Flüchtlingswelle wieder eingestellt worden. Momentan scheint der Senat zu versuchen, alles möglichst in eigener Hand und Regie zu behalten. Hier könnte recherchiert werden, was an Ideen und Ressourcen bei den Trägern noch vorhanden ist.

Ein bisher völlig außer Acht gelassener, aber entscheidender Aspekt ist jedoch, dass in Hamburg rund 30 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. Ebenso wie ein Großteil der deutschstämmigen Bevölkerung sind sie meist damit beschäftigt, ihr eigenes Leben zu meistern, doch es ist zentral, sie als verantwortliche Mitakteure unserer Gesellschaft zu gewinnen. So existiert eine Vielzahl funktionierender und handlungsfähiger Organisationen, die von der deutschen Gesellschaft oftmals mit Misstrauen betrachtet werden. Dabei gilt es, sie als PartnerInnen im Engagement zur Integration von Flüchtlingen zu gewinnen. Dies muss jedoch mit Offenheit und Wertschätzung vonseiten der restlichen Gesellschaft und Politik einhergehen. Es wäre an der Zeit, etwas wirklich Neues zu gestalten.

Inzwischen hat ein breites Bündnis Hamburger Organisationen dazu aufgerufen, die Flüchtlinge in der Hansestadt zu

unterstützen. Der Impuls ging von der Ev. Nordkirche und dem DGB aus. Angeschlossen haben sich u.a. der Hamburger Sportbund, der ASB, die AWO, die Caritas, die Diakonie, der NDR und Hamburg 1. Jede/r Einzelne könne dazu beitragen, so das Leitmotiv, dass Hamburg eine engagierte, weltoffene und tolerante Stadt bleibe, heißt es in dem Aufruf mit dem Titel »Flüchtlinge brauchen Unterstützung«. Die Menschen werden aufgefordert, bei der Suche nach Notunterkünften behilflich zu sein und Willkommensinitiativen zu gründen. Der bevorstehende Winter mache besondere Anstrengungen nötig. Zugleich warnte Diakonie-Chef Dirk Ahrens davor, die Unterbringung der Flüchtlinge zum Thema im Bürgerschaftswahlkampf zu machen. Doch die Auseinandersetzung ist bereits voll im Gange.

Da die CDU-Bürgerschaftsfraktion seit Wochen die Flüchtlingspolitik des SPD-Senats kritisiert, hat sie ein eigenes Konzept vorgelegt. Damit wollen sich die Christdemokraten für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in allen Hamburger Stadtteilen einsetzen. »Wenn jetzt nicht gehandelt wird, steht der soziale Frieden auf der Kippe«, sagte der CDU-Haushaltsexperte Roland Heintze. In einem Antrag, den die CDU in der Bürgerschaftssitzung Anfang November ein-

bringen wird, stellt die Fraktion zwölf konkrete Forderungen. »Wir wollen unserer Verantwortung für die fliehenden Menschen gerecht werden«, sagte Heintze. »Hamburg darf aber bei der Asylproblematik nicht benachteiligt werden.« Deshalb fordert die CDU, dass sich der Senat für eine »faire Verteilung« der Flüchtlinge beim Bund einsetzt. Konkret plädiert die Fraktion dafür, dass der »Königsteiner Schlüssel«, nach dem die Flüchtlinge verteilt werden, durch ein anderes Instrument ersetzt wird. Wichtig ist Heintze dabei, dass künftig auch die Flächen- und Wohnungsmarktsituation eines Landes eine Rolle bei der Verteilung spielt.

Zudem wird der Senat in dem Antrag aufgefordert, sich für die Unterbringung von Flüchtlingskontingenten in anderen Bundesländern gegen Kostenerstattung durch die Stadt Hamburg und mehr Mittel für die Bearbeitung der Asylanträge einzusetzen. »So könnte die Verfahrensdauer verkürzt werden.« Im Prinzip fordert also die CDU eine Verschiebung der Unterbringung in andere Bundesländer und über eine beschleunigte Rechtssprechung eine härtere Ausweisungspraxis. Ob diese wenig überzeugende Konzeption reicht, den politischen Angriff der AfD zurückzudrängen, darf bezweifelt werden.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Ab und an werden wir gefragt, wo denn die **älteren Ausgaben des »BürgerInnenbriefs«** einzusehen sind. Die 113 bisher erschienenen Nummern können hier angesteuert werden: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/abgeordnete/heike_sudmann/buergerinnen_briefe/.

Glückliches Kopenhagen – Mit dem Fahrrad in die Zukunft, so war am 12. Oktober eine höchst interessante, halbstündige Fernsehsendung im NDR überschrieben. Wer den Beitrag sehen möchte, klickt sich hier ein: www.ndr.de/info/podcast3012.html.

Sehenswert ist auch die jüngst ausgestrahlte sechsteilige ARTE-Dokumentation über den **Kapitalismus**, wer sie verpasst hat, findet sie hier: www.arte.tv/guide/de/044979-001/der-kapitalismus-1-6.

Eine interessante Debatte zum Komplex **Der Architekturstreit – Wie wollen wir wohnen?** – darin ging es u.a. um die Bedeutung der City-Hochhäuser am Klosterwall – fand kürzlich auf »Hamburg1« statt. In der von den Abendblatt-RedakteurInnen Vanessa Seifert und Jens Meyer-Wellmann moderierten Presserunde nehmen Stellung: der Architekt Jakob Siemonsen, der Architektexperte Axel Tiedemann (Abendblatt), der Architekturkritiker Gert Kähler (u.a. Die Zeit) und Gernot Knödler (taz). Hier der Link auf die halbstündige Diskussion: www.hamburg1.de/sendungen/presserunde.html.



Die nicht gerade unumstrittene **Bertelsmann-Stiftung** hat eine neue Studie zum Thema BürgerInnenbeteiligung herausgegeben. Die nach eigenen Angaben »erste empirische Untersuchung zu den Wirkungen von Partizipation auf die Demokratie in Deutschland« wertet die repräsentative Befragung von 2.700 BürgerInnen aus. Das Ergebnis: »Für Bürger und politische Eliten sind bereits heute die Formen der Beteiligung genauso wichtig wie die Stimmabgabe bei Wahlen.« Das Werk trägt den Titel **Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden**, es hat stolze 518 Seiten und kostet ebenso stolze 38 Euro. Angaben zum Inhalt, zu den AutorInnen und Kurzfassungen ihrer Beiträge finden sich unter www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xcms/SID-773D61C4-DD6B499E/bst/xcms_bst_dms_40291_40292_2.pdf.

Die Verkehrsberuhigung der Osterstraße geistert schon länger durch die Medien. Die Eimsbütteler Linksfraktion nimmt die anstehende Umgestaltung zum Anlass, zu einer Diskussionsveranstaltung am **Mittwoch, den 29. Oktober**, um 18.00 Uhr, in den Veranstaltungsraum des Eimsbütteler Turnverbandes (Bundesstraße 96) einzuladen. Titel: **Kein Mekka für Gentrifizierer, sondern soziale Stadtteilentwicklung für die Eimsbütteler.**

Eine **Weiterbildung zu kreativen Formen des Protests** bietet Jochen Schüller von Peace Brigades International an. Das Seminar findet statt **von Freitag, den 31. Oktober**, 18.00 Uhr, **bis Sonntag, den 2. November**, 15.00 Uhr, Veranstaltungsort ist das Haus Drei e.V. im Altonaer August-Lütgens-Park (Hospitalstraße 107). Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro, ermäßigt 10 Euro. Infos und Anmeldung bei David Mauer (Tel. 389 04 37 0, E-Mail david.mauer@pbi-deutschland.de). Infos gibt es unter [www.pbideutschland.de/country-groups/pbi-deutschland/aktuelles-von-pbi/veranstaltungen/news/?L=0%3FL%3D0%3FL%3D1&tx_ttnews\[tt_news\]=4416&cHash=2af052a029d5f854c22c80ae44bcc5b6](http://www.pbideutschland.de/country-groups/pbi-deutschland/aktuelles-von-pbi/veranstaltungen/news/?L=0%3FL%3D0%3FL%3D1&tx_ttnews[tt_news]=4416&cHash=2af052a029d5f854c22c80ae44bcc5b6).



Am **Samstag, den 1. November**, rufen das Kurdisch-Deutsche Kulturzentrum e.V., das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., attac und die Hamburg LINKE zu einer **Demonstration zur Solidarität mit den eingeschlossenen BewohnerInnen von Kobanê** auf. Die Demo beginnt um 14.00 Uhr auf dem Hachmannplatz und endet gegen 16.30 Uhr auf dem Mittelweg/Theisdorpstraße. Nur wenige Tage später, am **Dienstag, den 4. November**, lädt die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN um 19.00 Uhr ins Rathaus ein. Diskutiert wird das Thema **Hamburger Rekruten für den IS-Terror – was tun?** Mehr als 40 Hamburger Jugendliche kämpfen inzwischen auf Seiten der IS-Milizen. An der Podiumsdiskussion nehmen teil: Lamyä Kaddor (Liberal-Islamischer Bund e.V.), Ramses Oueslati (Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung), Ahmad Mansour (Deutsche Islamkonferenz) und Cansu Özdemir (Linksfraktion).



Der Film **»buy, buy st. pauli«** erblickt am **Sonntag, den 2. November**, das Licht der interessierten Öffentlichkeit. Wie schon bei seinem Vorläufer »Empire St. Pauli« widmen sich die DokumentarfilmerInnen Irene Bude, Olaf Sobczak und Steffen Jörg den Aufwertungs- und Verdrängungstendenzen rund um den Kiez. Es geht um die ESSO-Häuser, die Bayrische Hausbau, den Bezirksamtsleiter, die Recht-auf-Stadt-Bewegung und die internationalen Verflechtungen, um Proteste und heftigen Widerstand. Die Premiere steigt am 2. November um 17.00 Uhr im Ballsaal (Südtribüne) des FC St. Pauli. Weitere Filmvorführungen samt Debatte zur Geschichte der ESSO-Häuser finden in Kooperation von Gemeinwesenarbeit St. Pauli und Rosa-Luxemburg-Stiftung statt am **5. November** um 19.00 Uhr im Brakula (Bramfelder Chaussee 265), am **6. November** um 19.00 Uhr im ella Kulturhaus Langenhorn (Käkenflur 30) sowie am **26. November** um 19.30 Uhr im Zentrum Barmbek Basch (Wohldorfer Straße 30). Hintergrundmaterial zu dem neuen bietet das Interview mit Olaf Sobczak, unter: <http://derspotnik.com/2014/10/26/der-abriss-der-guten-seele-st-pauli/#more-432>

Um die **Stadtbahn – Teure Träumerei oder Verkehrsmittel der Zukunft?** geht es am **Montag, den 3. November**, um 18.30 Uhr im Kirchhof-Saal der Patriotischen Gesellschaft (Trostrücke 4 – 6). Auf dem Podium diskutieren Prof. Dr.-Ing. Arnd Stephan (Lehrstuhl für Elektrische Bahnen an der TU Dresden), die verkehrspolitischen SprecherInnen der Bürgerschaftsfraktionen Martina Koeppen (SPD), Klaus-Peter Hesse (CDU) und Dr. Wieland Schinnenburg (FDP). Um Anmeldung (Tel. 330 663 oder mail@steuerzahler-hamburg.de) wird gebeten.

Und noch eine Ankündigung für **Dienstag, den 4. November**. Norbert Hackbusch lädt für 17.30 Uhr ein zur Führung durch die **Ausstellung 350 Jahre Altona – Von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Neuen Mitte (1664-2014)**. Die Präsentation im Altonaer Museum (Museumstraße 23) ist ein schönes Beispiel für die Bedeutung dieser Einrichtung, die vor vier Jahren nur durch den heftigen Widerstand der Bevölkerung gegen die schwarz-grünen Abwicklungspläne verteidigt werden konnte. Näheres unter www.altonaermuseum.de/de/sonderausstellungen/350-jahre-altona.htm#.VClj_OeflnV. Anmeldung gerne per E-Mail an siri.keil@linksfraktion-hamburg.de. Der Eintritt ist frei.

Klimafragen, Energetisches Bauen und Stadtentwicklung stehen im Fokus einer Veranstaltung des Hauses am Schüberg und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) am **Mittwoch, den 5. November**, um 18.30 Uhr in der HAW (Berliner Tor 5, Raum 1.10). An diesem Abend referieren Manfred Braasch (BUND Hamburg) und Dr. Fritz Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, PIK) über **Klimaneutrales Berlin 2050 – Was kann Hamburg von Berlin lernen?** Der Eintritt ist frei. Mehr unter bund.hamburg@bund.net.

Bilder zur Prostitution in St. Georg zeigt das Vor-Ort-Büro (Zimmerpforte 8) ab **Donnerstag, den 6. November**, 19.00 Uhr. An diesem Abend führt die Fotografin Tanja Birkner in die Ausstellung **Jenseits der Klischees** ein. »Fern von Voyeurismus lässt sie sich auf echte Begegnungen ein und wird damit der Vielschichtigkeit des Themas gerecht«, heißt es in der Ankündigung. Am **Freitag, den 7. November**, lädt der Landesverband der Hamburger LINKEN zu einem Rundgang zur Frage **Prostitution – ein Beruf wie jeder andere?** ein.



Die Veranstaltung zu Sexarbeit und Stadtteilentwicklung im Hauptbahnhofviertel wird u.a. von Emilija Mitrovic (Ratschlag Prostitution), Regina Jürgens (INKRIT), Undine de Rivère (Sexarbeiterin) und Mehmet Simsit (Hansa-Treff) bestritten. Sie beginnt um 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) und endet gegen 21.00 Uhr auf dem Hansaplatz. Anmeldung erbeten bis zum 5. November unter bildung@die-linke-hamburg.de

Für **Freitag, den 7. November**, hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die **8. Stadtwerkstatt** angesetzt. Sie findet von 17.00 bis 21.00 Uhr in der MagnusHall (Amsinckstraße 70) statt und trägt den Titel **Stromaufwärts an Elbe und Bille – Wohnen und urbane Produktion in Hamburg-Ost**. In der vorletzten Nummer des »BürgerInnenbriefs« haben wir uns in einem ersten Aufschlag mit dem großen Projekt in Hamburgs östlichen Stadtteilen auseinandergesetzt. Es geht um nichts weniger als darum, so zumindest die BSU, »Wohnen und Arbeiten in den Quartieren wieder stärker zusammen zu rücken, den Bau von Wohnungen und Arbeitsstätten zu ermöglichen und Freiraumqualitäten zu stärken«. Weitere Informationen finden sich unter www.hamburg.de/stromaufwaerts/ sowie unter www.hamburg.de/stadtwerkstatt. Der Eintritt ist frei.



Zu einer besonderen **Buchvorstellung** lädt die Galerie Morgenland – die Eimsbütteler Geschichtswerkstatt – am **Freitag, den 7. November**, ein. Vorgestellt wird die jüngst im VSA: Verlag erschienene und von der Galerie Morgenland herausgegebene Biografie über Peter Blachstein, einen der antifaschistischen Widerständler aus den Reihen der SAPD und langjährigen linkssozialdemokratischen Eimsbütteler SPD-Bundestagsabgeordneten. Das umfangreiche Werk **Peter Blachstein. Politische Biografie eines Hamburger Sozialdemokraten (1911-1977)** hat Ludger Joseph Heid verfasst, bei der

Buchvorstellung, die von 17.00 bis 20.00 Uhr im Großen Sitzungssaal des Bezirksamtes Eimsbüttel (Grindelberg 66, 12. Stock) währt, sind neben dem Autor u.a. Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke, Sielke Salomon und Jörg Petersen von der Geschichtswerkstatt sowie einstige Mitarbeiter und Weggefährten Blachsteins zugegen.

Das **2. Beteiligungsforum** steigt am **Freitag, den 14. November**, von 15.00 bis 19.00 Uhr im HAW-Department Soziale Arbeit (Alexanderstraße 1). Den organisierenden Initiativen geht es um den Erfahrungsaustausch und die Formulierung von gemeinsamen Forderungen unter der Überschrift **Stadt(teil)demokratie ohne uns? Geht gar nicht!** Siehe dazu den Artikel und Aufruf in diesem »BB«.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN lädt am **Samstag, den 15. November**, ein zu einer öffentlichen Veranstaltung unter dem Titel **Was bringt die Mietpreisbremse? Verdrängung und Gentrifizierung stoppen!** Sie findet von 11.00 bis 17.00 Uhr in Berlin statt, genauer im Haus ExRotaprint gGmbH (Gottschedstraße 4). Um 18.00 Uhr folgt eine Filmvorführung: »Sieben Tage bei der PAH Barcelona«. Anmeldungen bitte per E-Mail an svn.diedrich@linksfraktion.de.

Am Sonntag, 26. Oktober, demonstrierten in Köln 4.000 gewaltbereite **rechte Hooligans und Neonazis** vordergründig gegen den IS-Terror und Islamismus, tatsächlich aber gegen Flüchtlinge und Einwanderer. Sie skandierten »Ausländer raus!« und andere rassistische Sprüche und verletzten bei ihren Attacken eine größere

Anzahl MigrantInnen. Für **Samstag, den 15. November**, ruft dieses dumpfe Milieu – die »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) – auch in Hamburg zu einer Kundgebung auf. Nach wenigen Stunden sollen auf einer entsprechenden Facebook-Seite bereits über 3.500 Hools und Neonazis ihre Beteiligung angekündigt haben, auch die Hamburger NPD ruft dazu auf. Auf weitere Ankündigung der demokratischen und antifaschistischen Kräfte sei in den kommenden Tagen geachtet.



Das **Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal**, das gerade die diesjährige traditionelle Kriegerehrung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Bundeswehrbeteiligung auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 15. November verhindert hat, lädt wieder zu einer **Kundgebung gegen den Krieg** ein. **Blickwechsel statt Kriegerehrung** heißt es am **Sonntag, den 16. November**, von 14.30 bis 16.00 Uhr rund um den Kriegsklotz am Dammtor. Beteiligt sind u.a. der ehemalige Deserteur Ludwig Baumann, der Schauspieler Rolf Becker, Pastor Ulrich Hentschel, der linke Bürgerschaftsabgeordnete Norbert Hackbusch. Mehr unter www.feindbeguenstigung.de.

Die Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) widmet sich am **Mittwoch, den 19. November**, von 14.00 bis 19.00 Uhr auf einer Kooperationsveranstaltung dem Komplex **Sucht ohne Obdach – Zusammenarbeit von Wohnungslosenhilfe, Suchthilfe und Gesundheit in Hamburg stärken**. Die Tagung findet in der Ärztekammer (Weidestraße 122b) statt. Infos unter www.hag-gesundheit.de, Anmeldung per E-Mail an buer@hag-gesundheit.de

Bei der Altonaer LINKEN ist am **Donnerstag, den 20. November**, um 18.30 Uhr im Parteibüro (Am Felde 2) der **Bundvorsitzende Bernd Riexinger** zu Gast. Er referiert über das Thema **Armut und Ausgrenzung**.

Um **Eidelstedt heute und morgen** geht es auf einer **stadtteilentwicklungspolitischen Konferenz** der Eimsbütteler LINKEN am **Samstag, den 22. November**, von 11.00 bis 17.00 Uhr im Bürgerhaus Eidelstedt (Alte Elbgaustraße 12) (siehe dazu www.die-linke-eimsbuettel.de).

HVV: Preiserhöhungen trotz Mehreinnahmen

Von Heike Sudmann



Foto: wikipedia

Wie jedes Jahr will der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) mit dem Segen des Senats, aber zum Leidwesen der Hamburger und Hamburgerinnen, zum bevorstehenden Jahreswechsel erneut die Fahrpreise erhöhen. Und das, obwohl die Einnahmen des HVV sprudeln: In den Jahren von 2009 bis 2013 lagen die jährlichen Mehreinnahmen jeweils zwischen 28,4 und 40,2 Mio. Euro. Das geht aus den Antworten des Senats auf meine Anfrage (Drs. 28/13249) hervor.

Wie können bei einer derart guten Einnahmenentwicklung die ständigen Preiserhöhungen begründet werden? Indem der Senat seit Jahren eine viel zu niedrige Prognose über die erwarteten Mehreinnahmen des HVV abgibt. Dass die zusätzlichen Einnahmen des HVV in den letzten Jahren dauerhaft rund doppelt bis dreifach so hoch ausfielen wie prognostiziert, ignoriert der Senat. Das finde ich unredlich. Wer über 300% mehr als geplant einnimmt, muss die Fahrpreise nicht

HVV: Prognosen & Einnahmen

Jahr	HVV-Einnahmen in Mio. €	HVV-Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr in %	HVV-Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr absolut	Prognostizierte Einnahmen durch Tarifierhebung (Tabelle, Seite 6 der Senatsantwort)	Differenz von HVV-Einnahmen und prognostizierten Einnahmen (Eigenberechnung)	Differenz von HVV-Einnahmen und prognostizierten Einnahmen in % (Eigenberechnung)
2009	588,6	+ 5,7	+31,5 Mio. €	+13,5 Mio. €	+ 18 Mio. €	+ 233
2010	617	+ 4,8	+28,4 Mio. €	+8,0 Mio. €	+ 20,4 Mio. €	+ 355
2011	652,2	+ 5,7	+35,2 Mio. €	+14,0 Mio. €	+ 21,2 Mio. €	+ 251
2012	692,4	+ 6,2	+40,2 Mio. €	+13,0 Mio. €	+ 27,2 Mio. €	+ 309
2013	726,2	+ 4,9	+33,8 Mio. €	+19,7 Mio. €	+ 14,1 Mio. €	+ 172

(kursiv = Ergänzungen von Heike Sudmann)

ständig erhöhen. Für DIE LINKE gehört der ÖPNV zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Nicht die KundInnen, sondern die öffentliche Hand muss mehr für den ÖPNV zahlen. Auf mittlere Sicht sollte der ÖPNV fahrscheinfrei und kostenlos werden.

Für ZahlenliebhaberInnen findet sich in der Tabelle eine Zusammenfassung und Ergänzung aus der Antwort des Senats auf meine Anfrage.

Busbeschleunigung: Widerstand nimmt Fahrt auf

Von Heike Sudmann



Baumaßnahme Lange Reihe, Ende Oktober 2014 (M. Joho)

Das Busbeschleunigungsprogramm des Senats stand von Anfang unter einem schlechten Stern, war es doch aus der Not heraus geboren, die Ablehnung einer Stadtbahn für Hamburg durch den Bürgermeister Olaf Scholz und seine SPD »irgendwie« zu kompensieren. Der Senat hätte aus der Not eine Tugend machen können: mit sinnvollen Maßnahmen, die eindeutig dem Busverkehr zu Gute gekommen, die später vielleicht sogar für eine Stadtbahn zu nutzen gewesen wären (Stichwort: Busspuren). Doch aus welchen Gründen auch immer hat die SPD sich für die Methode mit der Brechstange entschieden: Planungen vom Behördentisch wurden der Öffentlichkeit als alternativlos vorgesetzt. Eine Beteiligung der Bür-

gerInnen, die sich vor Ort mit den Problemlagen im Verkehr wesentlich besser auskennen als etliche PlanerInnen (oder diejenigen, die die politischen Vorgaben machen), war nicht nur nicht vorgesehen, sondern wurde soweit möglich verhindert. Über den Widerstand gegen die Behördenplanungen haben wir im »BürgerInnenbrief« wiederholt berichtet, in dieser Ausgabe findet sich die Erfolgsmeldung der Initiative »Haltestelle Gerichtstraße zurück!« In St. Georg hat der lang anhaltende Protest zu einigen Verbesserungen der Planungen geführt.

In anderen Stadtteilen wie in Winterhude oder jetzt aktuell auf der Uhlenhorst dagegen gibt es so gut wie überhaupt

kein Einlenken. Deshalb haben die beiden Initiativen vor Ort jetzt eine Volksinitiative »Stopp des Busbeschleunigungsprogramms« gestartet. Der Text der Volksinitiative lautet:

»Der Hamburger Senat wird aufgefordert, das 259 Millionen Euro teure Busbeschleunigungsprogramm sofort zu stoppen.«

Begründung: »Ich bin für Vorfahrt der Busse durch intelligente Maßnahmen – ohne Geldverschwendung. Ich bin gegen teure und unsinnige Baumaßnahmen für das Busbeschleunigungsprogramm. Unsere Steuergelder können anderswo sinnvoller eingesetzt werden. Insbesondere bin ich gegen das Fällen hunderter Bäume.«

Bereits im Mai 2014 hatte die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN beantragt, die Planungen zur Busbeschleunigung auszusetzen und eine Überarbeitung des Programms vorzulegen (Drucksache 20/11746). Ein wesentlicher Punkt dabei war die Beteiligung der BürgerInnen vor Ort. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch in den Bezirksversammlungen hat sich DIE LINKE gegen unsinnige Planungen wie in der Langen Reihe (St. Georg), am Mühlenkamp (Winterhude), in der Max-

Brauer-Allee/Haltestelle Gerichtstraße oder in der Bornheide (Osdorfer Born) ausgesprochen.

Eine echte Beteiligung findet immer noch nicht statt. Sinnvoller als die unsinnigen Planungen des Busbeschleunigungsprogramms wären deutliche Verbesserungen des Leistungsangebots im Linienbusverkehr, ganz besonders die Schließung von Lücken im Fahrplanangebot vieler Buslinien.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Volksinitiative richtig.

Nicht verhehlen will ich, dass es schon ungewöhnlich ist, wenn eher der CDU nahestehende BürgerInnen-Initiativen Forderungen aufstellen, die vorher auch von den LINKEN kamen. Und die CDU selbst macht leider sehr deutlich, dass es ihr mehr auf Wahlkampf als auf Verbesserungen für den ÖPNV ankommt. Doch die Kritik und die Forderungen der LINKEN werden nicht dadurch falsch, dass sie von der CDU aufgenommen werden.

Wer die Volksinitiative unterstützen möchte, findet hier Listen zum Sammeln von Unterschriften: www.unser-muehlenkamp.de/

Die Bushaltestelle Gerichtstraße ist zurück!

Von Ingrid Albertsen, Initiative »Haltestelle Gerichtstraße zurück!«



Die Auseinandersetzung um das Busbeschleunigungsprogramm des Senats tobt inzwischen an verschiedenen Stellen. Die offenbar am »grünen Tisch« entworfenen Pläne erweisen sich oftmals als wenig durchdachte Vorhaben, der angebliche Zeitgewinn für die Busse ist fragwürdig, von dem dahinter sich aufstauenden Verkehr aus Autos, Fahrrädern und anderen Bussen einmal ganz abgesehen. Nach den St. GeorgeInnen, die auf der Langen Reihe einige Ampelübergänge verteidigen konnten, melden jetzt auch die AltonaerInnen einen ersten Erfolg. Sie konnten die Rücknahme einer völlig absur-

den Haltestellenverlegung auf der Max-Brauer-Allee erzwingen. Wir sagen herzlichen Glückwunsch und dokumentieren hier die Schilderung einer Initiativen-Vertreterin.

Geht doch! Seit dem 16. Oktober halten die Buslinien 15, 20, 25 und 183 sowie die Nachtlinie 600 auf der Max-Brauer-Allee in Altona wieder dort, wo sie halten sollen: vor dem Amtsgericht Altona bzw. gegenüber. Das war nicht immer so und das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis eines mühseligen und langwierigen Ringens. Was war passiert?

Am 15. Juli 2013 mussten AnwohnerInnen des Gerichtsblocks und der umliegenden Straßen sowie BesucherInnen des Amtsgerichts Hamburg-Altona feststellen, dass in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Haltestellen Gerichtstraße um ca. 250 m weiter in Richtung Bahnhof Altona verlegt worden waren. Diese Haltestellen werden täglich von ca. 2.600 Personen pro Richtung genutzt. Nach langer Recherche konnte man auf der Internetseite »via-bus.de« eine Anlieger-Info der Projektgruppe Busbeschleunigung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg (LSBG), Projektteam Busbeschleunigung, finden, in der es u.a. hieß: »Wer den Bus nutzt, soll in Zukunft schneller, zuverlässiger und bequemer ans Ziel kommen.«

Das war aber gerade nicht der Fall: Während an der alten Haltestelle fünf Straßen zusammenflossen, Fußgängerampeln und Zebrastreifen vorhanden waren und die Haltestellen ungefähr in der Mitte zwischen den Haltestellen Max-Brauer-Allee Mitte und Bahnhof Altona lagen, befand sich die neue Haltestelle an einer Stelle, wo sie den Individualverkehr am wenigsten störte, wo die Fahrgäste sie aber auch am wenigsten brauchten (wer dort wohnte, hatte es immer schon dicht zum Bahnhof Altona). SchülerInnen vom Gymnasium Allee gingen von den neuen Haltestellen aus nicht bis zu den jetzt 100 bzw. 120 m entfernten Ampeln, sondern überquerten morgens oder nach Schulschluss die vierspurige Max-Brauer-Allee, auf der sich das Tempo durch die weite Strecke ohne Haltestelle erhöht hatte.

Die Lebensqualität eines ganzen Viertels war stark beeinträchtigt dadurch, dass es quasi vom ÖPNV abgeschnitten war. Für ältere Menschen, Gehbehinderte, RollstuhlfahrerInnen etc. war die Teilhabe am öffentlichen Leben durch den weiten Weg zu den neuen Haltestellen und durch die Distanz zwischen den Fußgängerüberwegen und den Haltestellen stark eingeschränkt bzw. nicht mehr gegeben.

Protest von Anfang an

Gleich nach der Umverlegung rief der Richter Kay Schulz vom Amtsgericht eine Unterschriftenaktion »Haltestellenfreie Zone – nein danke!« ins Leben – mehr als 2.000 Unterschriften kamen zusammen. In zahlreichen Briefen an HVV, LSBG, Altonaer Stadtarchiv, Fahrgastbeirat, Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, Senatskoordinatorin für die Gleichstellung von behinderten Menschen und das Bürgerbüro wurde Beschwerde eingelegt und Unterstützung für die Rückverlegung der Haltestelle eingefordert. Medien berichteten mehrfach und teils mit großen Fotos vom Protest. Das »elbe-Wochenblatt« regte eine Leserbriefaktion an und war erstaunt über die große Resonanz und das absolut eindeutige Votum gegen die Verlegung.

DIE LINKEN und die GRÜNEN unterstützten den Protest durch mehrere Schriftliche Kleine Anfragen und eine Große Anfrage an den Senat. Die Altonaer Bezirksversammlung fasste zwei einstimmige Beschlüsse, der Senat möge die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) auffordern, die Haltestellen wieder zurückzuverlegen.

Der individuelle Protest nahm Formen an

Im Januar 2014 gründete sich aus der Stadtteilversammlung heraus, die jeden ersten Donnerstag im Monat zu einem bestimmten Thema einlädt, die Initiative »Haltestelle Gerichtstraße zurück!« Plötzlich schrieben sich nicht mehr nur Einzelne die Finger wund, sondern man tat sich zusammen und plante gemeinsam weitere Schritte. Zu einer Informationsveranstaltung für die Nachbarschaft im Gymnasium Allee Ende Februar kamen 90 Betroffene. Es wurde spontan beschlossen, jeden Mittwoch von 17.30 bis 18.30 Uhr eine Mahnwache an der alten Haltestelle vor dem Amtsgericht abzuhalten und damit den Protest öffentlich sichtbar zu machen. Zwei große Banner, Umhänge mit großem Haltestellen-Motiv und in die Luft gereckte Monatskarten machten den nicht anhaltenden Busfahrenden, den Menschen in diesen Bussen und dem Individualverkehr deutlich, dass sich hier Leute abgehängt fühlten und dass sie das nicht hinnehmen wollten. Wer die Initiative erreichen wollte, fand sie hier bei der Aktion an der Max-Brauer-Allee.

Eine Demonstration Mitte Mai hatte rund 170 Teilnehmende. Es ging zwar »nur« von der alten Haltestelle zur neuen und wieder zurück, doch diese Strecke war für viele ältere Beteiligte mit körperlichen Einschränkungen schon eine große Anstrengung, die sie aber gerne für ihre Sache auf sich nahmen.

Wie kam es zur Rückverlegung der Haltestelle?

Während sich die Initiative über Monate fragte, warum die Haltestelle überhaupt verlegt wurde, fragt sie sich jetzt, wie es geschafft werden konnte, dass sie zurückkam. Mitte August hatte eine Abordnung der Initiative den Staatsrat Andreas Rieckhof besucht und ihm die Argumente dargelegt. Auch zwei LSBG-Vertreter waren anwesend. Am Schluss hieß es, das Anliegen sei angekommen; es werde eine weitere Verlegung geben! Erstmals kam Hoffnung und Zuversicht auf. Konnte es sein, dass die zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als ein Jahr lang vorgetragene Argumente plötzlich Wirkung zeigten? Konnte es sein, dass die z.T. sehr persönlich und auch emotional vorgetragene Not bei den Herren ankam, die doch vom tagtäglichen Politgeschehen her abgestumpft sein müssten? Oder hatte das letzte Wahlergebnis in Altona-Nord der regierenden SPD einen empfindlichen Nadelstich versetzt?

Eine genaue Antwort wird man wohl nie erhalten, aber der Zusammenschluss zu einer Initiative, die klare und immer wieder eindeutig geäußerte Forderung nach Rückverlegung der Haltestelle, die Alternativlosigkeit dazu und der fast 100%ige Rückhalt unter den Betroffenen vor Ort haben sicherlich entscheidend dazu beigetragen, dass der Protest trotz vieler Hinhaltetaktiken, trotz ausweichender Stellungnahmen und oft selbstherrlicher Ignoranz auf Seiten der Entscheider kein Ende fand und schließlich Erfolg hatte. Auch das penetrante Auftreten jede Woche an der Max-Brauer-Allee mag zur Einsicht beigetragen haben, dass man so mit seiner Wählerschaft nicht umgehen sollte.

Rundgang durch die südliche Neustadt



Foto: Lars Buchmann

Vom Hafentor durch den alten Elbpark – vorbei am Bismarck-Denkmal – bis hin zum »Portugiesenviertel« erstreckte sich ein stadtteilpolitischer Rundgang, zu dem Heike Sudmann für den 27. Oktober eingeladen hatte. Rund 25 Personen folgten den Ausführungen der Stadtteilaktivistin Dr. Birgit Kiupel, die – flankiert von einigen Mitgliedern der Hafentor-Initiative – auf die anstehenden Probleme des Quartiers aufmerksam machte. Dabei geht es vor allem um ein bombastisches Bauvorhaben am Hafentor, das die denkmalgeschützte Situation und historische Blickachse von der ehemaligen Bastion auf die Umgebung zerstören würde. Thematisiert wurde auch das stark renovierungsbedürftige Bismarck-Denkmal, bei dem seitens der Initiative die Idee in die Debatte gebracht wird, ein kleines Museum sowie ein Café im Innern des Monuments anzusiedeln. Überlegungen, die in den kommenden Monaten sicherlich die Runde machen werden, jährt sich am 1. April 2015 doch der 200. Geburtstag dieses ersten deutschen Reichskanzlers und Sozialistenhassers. Und schließlich

ging es noch in das inzwischen so titulierte Portugiesenviertel, das nicht zuletzt zigtausende TouristInnen anzieht und in dem die BewohnerInnen über weite Strecken im Jahr wegen der vielen Restaurants und Kneipen mit erheblichen Emissionen, Lärmbelastigungen und anderen Nervereien konfrontiert werden. Hier wurde im abschließenden Gespräch unter den TeilnehmerInnen die Forderung aktualisiert, auf Bezirksebene zunächst einmal eine Art Beschwerdetelefon einzurichten, denn bisher gibt es keine Ansprechperson, keine Möglichkeit, den Belästigungen entgegenzuwirken. Auch wurde der Vorschlag unterbreitet, seitens der Linksfraktion VertreterInnen besonders belasteter innerstädtischer Quartiere einzuladen, um der zunehmenden Eventisierung und dem Tourismusboom ein vernünftiges, die Interessen der BewohnerInnen und kleinen Gewerbetreibenden berücksichtigendes Konzept entgegenzusetzen.

Die stadtteilerkundenden Rundgänge und Fahrradexkursionen sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Letzte Meldung zum Zeise-Parkplatz



Foto: altona-info

Der Verkauf des Zeise-Parkplatzes stand auf Antrag der LINKEN auf der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am 25. September. Wie im letzten »BürgerInnenbrief« berichtet, wollten wir einen Verkauf des städtischen Grundstücks für eine Büronutzung durch den Werbegiganten WPP verhindern. Büroflächen gibt es auch in Altona genug: Zwei große Bürogebäude entstehen gerade in Ottensen an der Barnerstraße/Gaußstraße sowie in den Kühne-Höfen/Tasköprüstraße. An der Trabrennbahn in Bahrenfeld gibt es seit Jahren enorme

Leerstände. Von den Leerständen in der HafenCity, wo ein Teil der WPP-Unternehmen residiert, gar nicht zu reden. Ottensen braucht günstigen Wohnraum und keine neuen teuren Bürowerbeflächen. Die städtischen Flächen des Zeise-Parkplatzes können sehr gut von der SAGA mit Wohnungen und Kleingewerbe bebaut werden. Doch die vernünftigen Argumente halfen nicht: Alle anderen Fraktionen, auch die GRÜNEN, votieren für die Büronutzung an dieser für Ottensen so wichtigen Stelle.

Kultur Tipp: Mehr als reich & schön



V.l.n.r.: Museum für Kunst und Gewerbe; Fabrik der Künste; Gerda Taro

Wir empfehlen diesmal drei höchst unterschiedliche Ausstellungen. Wie schon im letzten »BürgerInnenbrief« berichtet, wohnen 18 von insgesamt 123 superreichen Milliardären in Hamburg. Bei den Millionären sind es geringfügig mehr, nämlich 42.000 alleine in der Elbmetropole, so war es im »Hamburger Abendblatt« am 24. September zu lesen. Das sind schon beeindruckende Zahlen. Wer Reiche in ihrer ganzen Obszönität begutachten möchte, dem/der sei ein Besuch des Museums für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz 1) empfohlen. Dort wird noch bis zum 11. Januar 2015 die Ausstellung **Fette Beute. Reichtum zeigen** präsentiert. Zu sehen sind rund 150 Fotografien, aber auch Kurzdokumentationen und Videos von internationalen KünstlerInnen, die einen unverstellten Blick auf »die oberen Zehntausend« ermöglichen. »Geld macht nicht glücklich. Aber reich«, titelt selbst das »Abendblatt« (17.10.). Die »Morgenpost« steht dem mit ihrer Headline nicht nach: »So protzen und prahlen die Reichen« (17.10.). Auch wenn die »junge welt« einen Verriss der Ausstellung liefert – »Effekt: null« (23.10.) – und kritisiert, dass die Darstellungen »keine ernsthafte soziologische Deutung« des Phänomens Reichtum eröffnen, lässt sich das doch mit ein wenig Phantasie nachhaken. Mehr unter www.mkg-hamburg.de.

Wer eine andere Sicht auf Menschen bevorzugt, dem seien die vom 29. Oktober bis zum 23. November in der Fabrik der

Künste in Hamm (Kreuzbrook 12) gezeigten Gemälde von **Willi Sitte** (1921-2013) empfohlen. Sitte war einer der bedeutendsten Maler der DDR bzw. des Sozialistischen Realismus, der mit seinen großformatigen, bisweilen grobschlächtigen »Menschenbildern« (so auch der Titel der Ausstellung) nicht nur FreundInnen in der Kunstwelt gefunden hat. Ein Blick auf die repräsentative Auswahl seiner Gemälde, Grafiken und Zeichnungen kann die Sinne und den Geschmack sicher in der einen oder anderen Richtung schärfen. Der Deutsche Freidenker-Verband lädt am Sonntag, den 16. November, übrigens zu einer Führung mit Eugen Schanz ein. Der Eintritt beträgt 5 Euro, Kinder und Jugendliche zahlen nichts. Mehr unter www.fabrikderkuenste.de.

Hinweisen möchten wir auch auf die Fotografien von **Gerda Taro** (1910-1937) über den Spanischen Bürgerkrieg. Die »Bilder der Solidarität« werden im Rahmen einer höchst interessanten Veranstaltungsreihe der Geschichtswerkstatt St. Georg und des Instituto Cervantes in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung vom 6. November bis zum 18. Dezember im Chilehaus (Fischertwiete 1, Eingang B) gezeigt. Mehr dazu – auch zu den verschiedenen Veranstaltungen – unter <http://hamburg.cervantes.es/de>.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.